

## Auf einen Blick

Das Parlament hat am Dienstag an der 14. Sitzung der Amtsdauer 2021 bis 2024 eine Wahl, vier Sachgeschäfte und einen Postulatsbericht abgehakt sowie zwei Postulate überwiesen.

**Wahl.** Stadtrat Peter Jans, Evelyn Anghern (SP) und Felix Keller (FDP) wurden als Vertreterin und Vertreter der Stadt im Verwaltungsrat der SN Energie AG bestätigt.

**Sparkasse.** Mit 58 Ja stimmte das Parlament der Überführung der Sparkasse für Angestellte ohne Pensionskassenanspruch in die Pensionskasse rückwirkend auf Anfang Jahr zu.

**Computer.** Die von der GLP/JGLP beantragte Rückweisung der Vorlage für die Ausstattung der städtischen Oberstufen und der Primarschullehrkräfte mit Schulcomputern wurde mit 18 Ja gegen 37 Nein bei einer Enthaltung abgelehnt. Die sieben zum Vorhaben gehörenden Detailanträge wurden mit grossem Mehr angenommen. Fakultatives Referendum.

**Public Wireless.** Das Parlament lehnte nach längerer Debatte den Ausbau des städtischen Public-Wireless-Netzes mit 33 Nein gegen 24 Ja ab. Die Argumente, das Anbieten eines Gratis-WLANs sei nicht Aufgabe der Stadt und da drohe ein finanzielles Fass ohne Boden für ein überflüssiges Projekt, setzten sich durch.

**Fernwärmetarif.** Das Stadtparlament hiess die Einführung eines Öko-Tarifs für die Fernwärme gegen die SVP und Teile der FDP mit 44 Ja und sieben Nein bei vier Enthaltungen gut. Fakultatives Referendum.

**Bauen.** Das Parlament diskutierte den Postulatsbericht über die Förderung von nachhaltigem Bauen bei öffentlichen wie privaten Bauvorhaben. Das zugrunde liegende Postulat wurde einstimmig als erledigt abgeschrieben.

**Wohnraum.** Das Parlament hat das Postulat der Mitte/EVP-Fraktion für eine Verdoppelung der Laufzeit des Zwölf-Millionen-Kredits auf zwanzig Jahre gutgeheissen. Mit dem Kredit fördert die Stadt den Bau günstiger Mietwohnungen.

**Einbürgerungen.** Der Stadtrat kann den Bericht über den Spielraum zur Senkung von kommunalen Hürden bei Einbürgerungen schreiben. Das Postulat wurde trotz Widerstand von SVP, FDP und einer Minderheit der Mitte/EVP-Fraktion mit 36 Ja, 20 Nein und einer Enthaltung klar überwiesen.

**Waaghaus.** Die nächste Sitzung des Stadtparlaments findet am 22. März statt. Wie Parlamentspräsident Jürg Brunner andeutete, dürfte sie wieder im Saal im Waaghaus stattfinden können. Diese Ankündigung wurde vom Parlament mit spontanem Applaus quittiert. In den Olma-Hallen tagte das Stadtparlament wegen der Coronapandemie seit Frühling 2020. (vze)

# Schulen werden digital aufgerüstet

Nach einer heftigen Debatte im Stadtparlament ist klar: Oberstufenschüler erhalten künftig ein eigenes Notebook.

Christina Weder

Der Zeitpunkt hätte nicht ungünstiger sein können. Ausgerechnet als es um die Digitalisierung im Schulzimmer ging, hatte das Stadtparlament gestern mit technischen Problemen zu kämpfen. Bei der Abstimmung versagten die elektronischen Abstimmungsgeräte. Die Parlamentsmitglieder mussten auf die Auszählung per Handvotum zurückzukommen.

## 1,2 Millionen Franken für 780 Geräte

Zuvor hatte die Vorlage des Stadtrats mit dem sperrigen Titel «Standardisierte 1:1-Endgeräte-Ausstattung für die städtischen Oberstufen-Schulen» für eine lange Diskussion und engagierte Voten gesorgt. Ziel dieser Vorlage ist es, alle Schülerinnen und Schüler der städtischen Oberstufe sowie sämtliche Lehrpersonen mit einem eigenen Notebook auszurüsten. Dafür beantragte der Stadtrat beim Parlament einen Kredit in der Höhe von 1,2 Millionen Franken. Bis in drei Jahren sollen damit 780 neue Geräte angeschafft werden. Gemässe Vorlage sollen zudem 160 Stellenprozent geschaffen werden. Hinzu kommen jährlich wiederkehrende Lohn- und Betriebskosten von rund 550 000 Franken.

Insbesondere der geplante Stellenausbau sorgte bei einem Teil der Parlamentarierinnen und Parlamentarier für Stirnrunzeln. Besonders kritisch zeigte sich die GLP/JGLP-Fraktion. Sie beantragte, die Vorlage an den Stadtrat zurückzuweisen. Marcel Baur, IT-Spezialist und Medienpädagoge, begründete: Seine Fraktion sei nicht gegen digitale Bildung – im Gegenteil. «Wir unterstützen diese. Aber es geht uns darum, dass man sich nicht planlos in ein neues Abenteuer stürzt.» Seine Fraktion vermisste ein Konzept und forder-

te den Stadtrat auf, dieses nachzuliefern. Die SVP-Fraktion stärkte den Grünliberalen den Rücken. René Neuweiler sagte, seine Fraktion begrüsse die Vorlage grundsätzlich, vermisste aber ebenfalls ein methodisches und pädagogisches Konzept. Dieses sei nötig, um sicherzustellen, dass keine Steuergelder verschleudert würden. Für die SVP-Fraktion seien noch zu viele Fragen offen. Sie behalte sich vor, bei Ablehnung des Rückweisungsantrags einen eigenen Vorstoss einzureichen, um offene Fragen zu klären. Die Grünen und Jungen Grünen zeigten sich gespalten. Rebekka Schmid sagte im Namen ihrer Fraktion, sie könne aus eigener Erfahrung als Lehrerin

## Vorlage war schon in der Kommission chancenlos

Die Meinungen zum Public-Wireless-Ausbau waren im Parlament geteilt. Die Werkkommission empfahl gemäss Präsident Daniel Bertoldo (EVP) mit drei zu sieben Stimmen ein Nein zur Vorlage. Der ursprünglich im Raum stehende Rückweisungsantrag mit dem Auftrag zur Ver-



Nicht alle Oberstufenschülerinnen und -schüler in der Stadt haben ein eigenes Notebook. Das soll sich nun ändern.

Bild: Stefan Kaiser

re den Stadtrat auf, dieses nachzuliefern.

Die SVP-Fraktion stärkte den Grünliberalen den Rücken. René Neuweiler sagte, seine Fraktion begrüsse die Vorlage grundsätzlich, vermisste aber ebenfalls ein methodisches und pädagogisches Konzept. Dieses sei nötig, um sicherzustellen, dass keine Steuergelder verschleudert würden. Für die SVP-Fraktion seien noch zu viele Fragen offen. Sie behalte sich vor, bei Ablehnung des Rückweisungsantrags einen eigenen Vorstoss einzureichen, um offene Fragen zu klären.

Die Grünen und Jungen Grünen zeigten sich gespalten. Rebekka Schmid sagte im Namen ihrer Fraktion, sie könne aus eigener Erfahrung als Lehrerin

berichten, dass Schülerinnen und Schüler gerne mit Tablets und Notebooks arbeiten würden. Doch gebe es berechtigte Kritik an der Vorlage: Zum einen befände sich die Stadt in einer finanziell prekären Lage, zum anderen sei der Nachhaltigkeitsgedanke völlig auf der Strecke geblieben. Deshalb unterstütze die



Marcel Baur, Stadtparlamentarier der Grünliberalen. Bild: PD

Hälfte der Fraktion den Rückweisungsantrag der Grünliberalen Fraktion.

## «Die Stadt hat Aufholbedarf»

Hinter den Stadtrat stellten sich die Fraktionen von FDP/JDFP, Mitte/EVP und SP/Juso/PFG. «Wir müssen diesen längst überfälligen Schritt in der Digitalisierung der Schulen machen», sagte der Freisinnige Karl Schimke. Mit dem Rückweisungsantrag würden keine neuen Erkenntnisse gewonnen. Gisela Keller von der Mitte/EVP-Fraktion plädierte dafür, von den Erfahrungen der umliegenden Schulgemeinden zu profitieren. Konzepte könnten schliesslich übernommen werden. Und Lara Weibel sagte für

die SP/Juso/PFG-Fraktion: Viele Gemeinden seien bereits einen Schritt weiter. «Die Stadt hat Aufholbedarf.»

Stadtrat Mathias Gabathuler ergriff das Wort. Der Trend der Digitalisierung lasse sich nicht aufhalten. Jede weitere Zurückstellung würde zu Verzögerungen führen. Nach einer langen Diskussion konnte er aufatmen: Der Rückweisungsantrag wurde mit 37 Nein-, 18 Ja-Stimmen und einer Enthaltung abgelehnt. Die Vorlage des Stadtrats wurde überraschend deutlich angenommen. Damit kann die Ausrüstung der Oberstufenschülerinnen und -schüler mit Notebooks ab nächstem Schuljahr starten – vorausgesetzt, das fakultative Referendum wird nicht ergriffen.

## Parlament stoppt IT-Projekt

Das Parlament hat am Dienstag Erneuerung und Ausbau des Public Wireless der Stadt abgelehnt. Das Pilotprojekt sei überholt, hiess es.

Seinerzeit war die Inbetriebnahme des Public Wireless Area Network, wie das öffentliche WLAN der Stadt mit vollem Namen heisst, als grosse Pioniertat sogar national gefeiert worden. Nach dem Nein des Parlaments von gestern Abend zur Erneuerung und Netzerweiterung dieses System dürfte das Pilotprojekt Geschichte sein.

## Vorlage war schon in der Kommission chancenlos

Die Meinungen zum Public-Wireless-Ausbau waren im Parlament geteilt. Die Werkkommission empfahl gemäss Präsident Daniel Bertoldo (EVP) mit drei zu sieben Stimmen ein Nein zur Vorlage. Der ursprünglich im Raum stehende Rückweisungsantrag mit dem Auftrag zur Ver-

kleinerung des Projekts, war zuvor mit drei zu fünf Stimmen bei zwei Enthaltungen abgelehnt worden. Dies weilt nach Meinung der Kommissionsmehrheit die Redimensionierung das Grundproblem des Vorhabens nicht gelöst hätte: Es sei in der heutigen Zeit überflüssig.

Der Argumentation schlossen sich in der Debatte die Mitte/EVP-Fraktion, die FDP/JF-Fraktion, die SVP sowie die GLP/JGLP-Fraktion an. Das Vorhaben beinhaltet auch das Risiko nichts zu bringen und trotzdem zu einem finanziellen Fass ohne Boden zu werden. Die Grünen waren gespalten: eine Mehrheit für und eine Minderheit gegen das Projekt. Das Ja der Mehrheit wurde damit begründet, dass mit dem Projekt die

Strahlungsbelastung für die Bevölkerung reduziert werde.

## Ein überraschend klares Nein zum Public Wireless

Voll stellte sich einzig die SP/Juso/PFG-Fraktion hinter das Public Wireless ihres Stadtrats Peter Jans. Dies mit Verweis auf die Reduktion der Strahlenbelastung sowie mit sozialen Argumenten. Nicht jede und jeder könne sich ein Abo für einen Internetzugang leisten. Da helfe das Public Wireless, das Budget zu schonen. Die Vorlage wurde mit 33 Nein zu 24 Ja abgelehnt. Daran konnte auch der Verweis von Peter Jans nichts ändern, das Public Wireless habe Potenzial, auch weil in der Stadt zusätzliche Antennenstandorte fürs Mobilfunknetz fehlten. (vze)

## Spielräume zum Senken von Einbürgerungshürden nutzen

Heisses Eisen Die Stadtregierung kann den Bericht zur Senkung bürokratischer Hürden bei Einbürgerungen schreiben. Das Parlament hat das entsprechende Postulat mit 36 Ja gegen 20 Nein bei einer Enthaltung klar überwiesen. Vorausgegangen war ein kurze, aber heftige Diskussion über das Für und Wider einer solchen Senkung.

Obwohl der Stadtrat bereit war, das Postulat entgegenzunehmen, sprach sich die vorbereitende Geschäftsprüfungskommission gemäss ihrem Präsidenten Andreas Dudli (FDP) mit fünf zu vier Stimmen bei zwei Absenzen gegen die Erheblicherklärung aus. Die Argumente dafür lieferten in der Debatte die SVP und eine Minderheit der Mitte/EVP-Fraktion. Die Schweiz habe sowieso eine zu hohe Einbürgerungsquote. Lockerungen bei den Einbürger-

ungen seien unnötig. Dazu komme, dass der Verpflichtung, dass das Parlament Einbürgerungen zu beurteilen habe, in der Stadt nicht nachgelebt werde, hiess es seitens der SVP.

Die Mitte/EVP-Fraktion zeigte sich ob des Anliegens nicht enthusiastisch. Es müsse aber schon gelten, dass wer den Anforderungen des kantonalen und nationalen Rechts für eine Einbürgerung entspreche, nicht durch Hürden auf städtischer Ebene behindert werden solle, fand die Fraktionsmehrheit.

Voll hinter die Senkung der Einbürgerungshürden stellten sich SP, Juso, PFG, Grüne und Grünliberale. Wer hier lebe und Steuern zahle, solle auch politisch mitgestalten können. Wer die Einbürgerungsanforderungen erfülle, dürfe nicht bürokratisch und finanziell durch die Stadt behindert werden. (vze)